



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE PRÄSIDENTSCHAFT LECH KACZYŃSKIS

■ ANALYSE

Der Vergangenheit näher als der Zukunft.

Ein nüchterner Blick auf die Präsidentschaft von Lech Kaczyński

2

Reinhold Vetter, Warschau

■ TABELLEN UND GRAFIKEN

Bewertung des Staatspräsidenten und Vertrauen zu Politikern

10

■ CHRONIK

Vom 20. April bis zum 3. Mai 2010

15

Analyse

Der Vergangenheit näher als der Zukunft

Ein nüchterner Blick auf die Präsidentschaft von Lech Kaczyński

Reinhold Vetter, Warschau

Zusammenfassung

Der Unfalltod von Staatspräsident Lech Kaczyński im vergangenen Monat lässt sein Lebenswerk in einem neuen Licht erscheinen. Vor allem über seine Rolle als Präsident wird diskutiert. Angesichts der tragischen Umstände des Todes und vor dem Hintergrund der Leidensgeschichte Polens scheint Heroisierung und Mythenbildung in Teilen der polnischen Gesellschaft unvermeidbar. Aber auch eine nüchterne Abwägung seiner Erfolge und Niederlagen ist zu beobachten. Viele Polen, die Kaczyński bisher eher kritisch gegenüberstanden, entdecken nun auch seine positiven Seiten. Der Streit um seine Beisetzung auf dem Krakauer Wawel, der Begräbnisstätte der polnischen Könige und Nationalhelden, gab einen Vorgeschmack auf die Härte der öffentlichen Auseinandersetzung im Vorfeld der Präsidentschaftswahl am 20. Juni. Auch die Kandidatur seines Bruders Jarosław deutet auf eine schroffe Polarisierung hin. Ein nüchterner Blick auf die Fakten zeigt, dass Kaczyński als Staatspräsident polnische Interessen, so wie er sie definierte, im Ausland durchaus mit Erfolg vertreten hat, andererseits dem Land aber keine Impulse zur staatsbürgerlichen Emanzipation der Gesellschaft, zur Festigung des Rechtsstaates und der Parteiendemokratie sowie zur Modernisierung von Wirtschaft und Sozialstaat geben konnte.

Ausgangspunkt für die Präsidentschaft von Lech Kaczyński war der politische Wandel im Herbst 2005, als die polnischen Wähler einen deutlichen Schwenk nach rechts vollzogen. Dieser manifestierte sich zunächst im Wahlsieg der von Lech und Jarosław Kaczyński geführten nationalkonservativen Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) am 25. September, die fortan stärkste Kraft im Sejm war. Ihr Sieg wurde allerdings dadurch relativiert, dass nur 41 % der Wahlberechtigten an der Abstimmung teilgenommen hatten. In den anschließenden Verhandlungen tat Jarosław Kaczyński alles, um eine Koalition mit der *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) als zweitstärkster politischer Kraft zu verhindern, was ihm auch in der gesamten folgenden Regierungszeit gelang. In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl am 23. Oktober 2005 setzte sich dann Lech Kaczyński gegen Donald Tusk von der *PO* als seinem schärfsten Konkurrenten durch. Der Umschwung war gewaltig. Die bis dato dominierenden Postkommunisten der *Demokratischen Linksbündnis* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) mussten sowohl die Führung der Regierung als auch das Amt des Staatspräsidenten abgeben.

Die Kaczyńskis und ihre Partei *PiS* sprachen vielen Bürgern aus dem Herzen, wenn sie im Wahlkampf die zahlreichen Korruptionsaffären und sonstigen Skandale der Linksregierung der Jahre 2001 bis 2005 zum Anlass nahmen, für eine radikale Säuberung des polnischen Staates einzutreten. Mit ihren Auffassungen vom sozial fürsorglichen und patriarchalischen Obrigkeits-

staat erwiesen sie sich als Hoffnungsträger für alle jene Bürger, die in den neuen Zeiten der Marktwirtschaft, der EU-Mitgliedschaft Polens und der Einbindung des Landes in das globale Geschehen noch nicht richtig Fuß gefasst hatten. Eine Rolle spielte sicher auch das Bemühen der Kaczyńskis und ihrer Partei, sich als starke Anwälte der von ihnen in traditioneller Weise definierten nationalen Interessen zu profilieren.

Rahmenbedingungen

Eine Bewertung der Präsidentschaft Lech Kaczyńskis in den Jahren 2005 bis 2010 erfordert zunächst eine kurze Darstellung der ökonomisch-sozialen sowie innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen Polens in dieser Zeit.

Mit dem EU-Beitritt am 1. Mai 2004 und der folgenden Integration in den gemeinsamen Markt entwickelte sich Polen zu einem der wachstumsstärksten Länder in Europa. In den Jahren 2006 und 2007 stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um Werte über 6 %. Polen blieb weiterhin ein wichtiges Ziel ausländischer Investoren und der Zloty entwickelte sich zu einer vergleichsweise starken Währung. In seiner Aufholjagd gegenüber dem Westen kam das Land ein gutes Stück voran. Polen profitierte von der Leistungsstärke seiner modernen Volkswirtschaft, der Konkurrenzfähigkeit polnischer Produkte auf den Weltmärkten und dem großen Binnenmarkt.

Überraschend für viele Beobachter im In- und Ausland konnte Polen dann auch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die im Herbst 2008 einsetzte, rela-

tiv gut meistern. Im Februar 2010 wies die EU-Kommission nachdrücklich darauf hin, dass Polen im Jahr 2009 mit einem BIP-Wachstum von 1,2 % das einzige EU-Land mit einer positiven Bilanz gewesen sei. Aber natürlich spürte auch Polen die Krise. Der Export ließ nach, die Zahl der Arbeitslosen stieg wieder an, das Budgetdefizit überschritt den Maastricht-Grenzwert und auch die Verschuldung der privaten Haushalte nahm zu. Deutlich wurde, dass die Integration in die europäischen und globalen Märkte auch negative Folgen haben kann. Immerhin konnte sich die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk in ihrer Krisenbekämpfung weitgehend auf flankierende Maßnahmen beschränken, womit sie sich wohlthuend von starken staatlichen Eingriffen gerade auch von anderen Regierungen im EU-Raum abhob. Für 2010 hat das Warschauer Wirtschaftsinstitut CASE ein BIP-Wachstum von 3,2 % prognostiziert.

Innenpolitisch lässt sich die Amtszeit des verstorbenen Staatspräsidenten grob in zwei Phasen einteilen. Von 2005 bis 2007 führte *PiS* die Regierungsgeschäfte – entweder in Gestalt einer Minderheitsregierung oder als Koalition mit der bäuerlich-populistischen *Selbstverteidigung (Samoobrona)* und der rechtsradikalen *Liga der polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR)*. Diese Regierungen betrieben eine von *PiS* dominierte schroffe, ideologisch bedingte innenpolitische Polarisierung, der jedwede pragmatische Staatstätigkeit untergeordnet blieb. Der Parlamentarismus, die Dreiteilung der Staatsgewalt und der Rechtsstaat gerieten in dieser Phase zwar nicht grundsätzlich in Gefahr, wurden aber doch erheblich beschädigt. Regierungskrisen waren an der Tagesordnung. *PiS* führte aber nicht nur die Regierung, sondern stellte mit Lech Kaczyński auch den Staatspräsidenten.

Die seit der Parlamentswahl im Oktober 2007 amtierende Regierungskoalition aus *PO* und *Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)* bemühte sich zwar um einen moderaten Politik- und Regierungsstil, war aber wegen der verfassungsrechtlich bedingten starken Einflussnahme des Staatspräsidenten erheblich in ihrer Reformarbeit gehemmt.

Die parteipolitische Landschaft erlebte zwischen 2005 und 2010 eine gewisse Reduzierung. Da die Linke ihre Schwäche nicht überwinden konnte und eine politische Mitte kaum existierte, bildete sich de facto ein Zweiparteiensystem mit *PO* und *PiS* heraus, auch wenn es gerade im rechten Spektrum zu verschiedenen Neugründungen kam. Das Ergebnis war eine starke Dominanz konservativer Kräfte im Parlament, da neben der nationalkonservativen *PiS* auch die *PO*, etwa in der Gesellschaftspolitik, weitgehend konservative Positionen vertritt. *PiS* litt zunehmend an Auszehrung, da unter dem

Druck des Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński eigenständige »Querköpfe« wie Paweł Zalewski ausgeschlossen wurden. In den Wählerbefragungen stabilisierte sich die starke Dominanz der *PO* gegenüber *PiS*.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik musste Polen nach dem EU-Beitritt im Jahr 2004 seine Rolle als europäischer und internationaler Akteur neu definieren. Das Land hatte nun neue Rechte und Pflichten, musste inhaltliche Positionen in die europäische Debatte einbringen und bei EU-Entscheidungen mitwirken. Doch die von *PiS* in den Jahren 2005 bis 2007 geführten Regierungen blieben in dieser Hinsicht weitgehend erfolglos, weil die von ihnen vorgetragene Außenpolitik stark konfrontative Züge trug, basierend auf den ideologischen Prämissen der Nationalkonservativen. Die Folge war eine starke Isolierung des Landes auf der internationalen Bühne. Donald Tusk und seiner von der *PO* dominierten Regierung gelang es dann, die polnische Außenpolitik pragmatischer zu gestalten, ohne auf die Vertretung grundlegender nationaler Interessen zu verzichten. Auch Polen stimmte schließlich dem Reformvertrag von Lissabon zu, nachdem die EU-Partner Zugeständnisse beim Abstimmungsmodus gemacht hatten.

Tusk gelang es, Polen neues Ansehen in der EU zu verschaffen. Auch die deutsch-polnischen Beziehungen kamen ab 2008 wieder in Schwung, nachdem zwei Jahre lang weitgehend Stillstand geherrscht hatte. Die Verhandlungen über das später gestoppte Projekt eines US-amerikanischen Antiraketensystems wiederum zeigten, dass die Regierung von Donald Tusk im Rahmen der polnisch-amerikanischen Beziehungen selbstbewusster als ihre nationalkonservativen Vorgänger in den Jahren 2005 bis 2007 auftrat. Auch die polnisch-russische Annäherung, die sich besonders im Zusammenhang mit den Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag des Massakers von Katyn und dem tragischen Unfalltod von Lech Kaczyński zeigte, geht auf den außenpolitischen Kurswechsel zurück, der Ende 2007 eingeleitet wurde. Tuks und sein Außenminister Radosław Sikorski suchen nach pragmatischen Lösungen für aktuelle Probleme in den polnisch-russischen Beziehungen, ohne bei der Bewertung schwieriger historischer Phänomene polnische Überzeugungen preiszugeben. Polen ist außerdem eine treibende Kraft im Rahmen der »Östlichen Partnerschaft«, die Länder wie Georgien und die Ukraine stärker an die EU heranführen soll.

Kein Mann des »dritten Weges«

Wie hat sich Lech Kaczyński als Staatspräsident in diesem wirtschaftlich-sozialen sowie innen- und außenpolitischen Umfeld bewegt? Grundsätzlich stand Kaczyński

der marktwirtschaftlichen Entwicklung Polens und der Einbindung in die globalen internationalen Märkte nicht ablehnend gegenüber. Er war kein Anhänger des »dritten Weges« zwischen Kapitalismus und Sozialismus. So zog er in seiner Neujahrsansprache Ende Dezember 2006 eine insgesamt positive wirtschaftliche Bilanz für sein Land. Doch in seiner politischen Praxis orientierte er sich sehr stark am Programm der von ihm mitbegründeten nationalkonservativen *PiS*. Deren Programm steht für eine starke Rolle des Staates in der Wirtschaft, gibt einheimischen Unternehmen den Vorzug vor internationalen Konzernen, befürwortet weit gespannte soziale Systeme und hat nichts gegen eine höhere Staatsverschuldung zur Finanzierung von Maßnahmen der Regierung einzuwenden.

Diese Wirtschaftspolitik hat Lech Kaczyński während der von *PiS* geführten Regierungen in den Jahren 2005 bis 2007 wohlwollend begleitet bzw. sogar aktiv gefördert. Das galt insbesondere für die Verzögerung der Privatisierung, die stärkere Einmischung des Staates in die Finanzwirtschaft und die massive Bevorzugung einheimischer Staatsunternehmen im Rahmen der Außenwirtschaftspolitik. Von den *PiS*-Regierungen kamen keinerlei Initiativen zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie zur Intensivierung der Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft, genauso wenig wie zur Reform der beruflichen Aus- und Weiterbildung, die angesichts des wachsenden Mangels an qualifizierten Fachkräften in bestimmten, von ausländischen Investoren stark frequentierten Regionen dringend notwendig gewesen wäre.

In den Jahren 2008 und 2009 brachte Kaczyński durch sein Veto einige wichtige sozialpolitische Reformgesetze zu Fall, die von der Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk auf den Weg gebracht worden waren. Dazu zählten vor allem mehrere Gesetze zur Sanierung und Modernisierung des maroden Gesundheitswesens. Ein von Kaczyński lange blockiertes Gesetz zur Beschränkung der grassierenden Frühberentung konnte Tusks Regierung erst durch eine Absprache mit der linken Opposition in Sejm durchsetzen. Allerdings lag es auch an koalitionsinternen Widersprüchen, wenn die seit Ende 2007 amtierende Koalition aus *PO* und *PSL* eine Reihe ihrer Reformversprechen aus dem Wahlkampf im Herbst 2007 nicht verwirklichen konnte.

Auch im Kampf gegen die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf Polen traten Widersprüche zwischen dem Staatspräsidenten und der Regierung zutage. So meinte Lech Kaczyński in einer Rede in Breslau (Wrocław) im Februar 2009, es sei ein grundsätzlicher Fehler, dass die Regierung das Defizit im Staatshaushalt nicht erhöhe, um die Wirtschaft

anzukurbeln. Andererseits befürwortete er Pläne der Regierung, das Arbeitsrecht wegen der Wirtschaftskrise zu modifizieren und Arbeitszeiten bzw. Urlaubstage an die Auftragslage anzupassen sowie Arbeitslose bei der Rückzahlung von Hypotheken durch den Staat zu unterstützen. Im Mai 2009 äußerte er Zweifel daran, dass die Regierung angesichts der Krise wirksame Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft und gegen den Anstieg der Arbeitslosigkeit getroffen habe. Er hob hervor, dass Polen aufgrund der drastischen Sparpolitik der Regierung, die unter anderem die Kürzung von Investitionen für die Infrastruktur umfasste, an Attraktivität für ausländische Investoren verlieren könnte, und forderte dementsprechend mehr öffentliche Ausgaben.

Anfang Februar 2010 zeichnete sich auch ab, dass Kaczyński Widerstand gegen das drastische Sparprogramm zur Sanierung der Staatsfinanzen leisten würde, das Ministerpräsident Tusk angekündigt hatte. Das Konsolidierungsprogramm erfordert mehrere Gesetzesänderungen, die Kaczyński vermutlich mit einem Veto belegt hätte. Bis zu diesem Zeitpunkt war es ihm allerdings nie gelungen, wirklich Einfluss auf das Krisenmanagement der Regierung zu nehmen.

Auf europäischer Ebene setzte sich Kaczyński sehr stark für die Gewährung von EU-Finanzhilfen an Mitgliedsstaaten ein, die besonders von der Krise betroffen waren. Bei einem Treffen mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso im März 2009 hoben beide Politiker besonders das Solidaritätsprinzip bei der Krisenbekämpfung hervor. Als der EU-Gipfel im gleichen Monat ein 400 Mrd. Euro umfassendes Konjunkturpaket der Gemeinschaft beschloss, wovon 20 Mrd. auf Polen entfallen sollten, sprach Kaczyński von einem großen Erfolg.

Anders als zu Beginn seiner Amtszeit vermutet wurde, war der Präsident nie grundsätzlich gegen eine Übernahme des Euro durch Polen. Wiederholt zeigte er sich offen für eine Diskussion über die Einführung der Gemeinschaftswährung in seinem Land. So erklärte er im Oktober 2008, die Perspektive eines Beitritts Polens zur Eurozone könne ein gutes Signal für die Partner in der EU sein und zur Stabilisierung des polnischen Finanzmarktes sowie zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen. Allerdings plädierte er für Vorsicht bei der Zeitplanung für den Beitritt – eine Vorsicht, die ähnlich wie bei Ministerpräsident Donald Tusk im Zuge der globalen Krise natürlich noch zunahm.

Law and order

Geht es um die Verfassung und die Innenpolitik, dann war der habilitierte Jurist Lech Kaczyński Befürworter eines starken Staates und eines Präsidentenamtes mit

weitreichenden legislativen und exekutiven Vollmachten sowie ein Verfechter des *law and order*-Prinzips, der sich für harte Gesetze, eine konsequente Strafverfolgung und einen rigiden Strafvollzug stark machte. Dies alles zeigte sich schon, als Kaczyński in den Jahren 2000/2001 Innenminister war und zwischen 2002 und 2005 das Amt des Stadtpräsidenten von Warschau ausübte. Doch er ging nicht so weit wie sein Bruder Jarosław, der 2006/07 als Ministerpräsident besonders im Zusammenwirken mit dem damaligen Justizminister Zbigniew Ziobro die Justiz als Werkzeug missbrauchte, um innenpolitische Gegner auszuschalten und bestimmte, ihnen zu unabhängig erscheinende Berufsgruppen wie etwa Journalisten auszugrenzen. Auch die von Jarosław Kaczyński versuchte politische Instrumentalisierung des Verfassungsgerichts war nicht nach seinem Geschmack. Für Lech Kaczyński war eine hart durchgreifende Justiz das entscheidende Mittel, um der Kriminalität Herr zu werden, mehr aber auch nicht.

Der polnische Publizist Jacek Żakowski hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Lech Kaczyński zwar ein eifriger Verfechter der so genannten *Lustracja* (Durchleuchtung) war, also der Überprüfung von Staatsbediensteten auf eine etwaige Mitgliedschaft in den früheren kommunistischen Geheimdiensten, sich aber ebenso dafür einsetzte, den betroffenen Personenkreis nicht übermäßig auszudehnen und beim Vollzug der Durchleuchtung juristische Grundsätze wie die Achtung der Privatsphäre einzuhalten. So unterzeichnete er im September 2007 eine Novelle zum Lustrationsgesetz vom Oktober 2006, nachdem das Verfassungsgericht dieses Gesetz in 39 Punkten als nicht verfassungskonform bezeichnet hatte.

Im Zusammenhang mit der »*Lustracja*« wiederholte Lech Kaczyński die bis heute nicht seriös belegte Behauptung, der Arbeiterführer der demokratischen Opposition und frühere Staatspräsident Lech Wałęsa habe in den 1970er Jahren mit dem kommunistischen Sicherheitsdienst zusammengearbeitet. Diese Behauptung war zuvor schon von führenden Vertretern seiner Partei *Recht und Gerechtigkeit*, ihr nahestehenden Historikern und Publizisten sowie von Mitarbeitern des Instituts des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) aufgestellt worden. Wałęsa forderte den Präsidenten daraufhin zu einer Entschuldigung auf, worauf dieser aber nicht reagierte. Im Juni 2008 bestätigte das Warschauer Appellationsgericht, dass der Arbeiterführer bereits im Jahr 2000 vom Vorwurf geheimdienstlicher Tätigkeit freigesprochen worden war. Im Mai 2009 reichte Wałęsa sogar Klage gegen den Präsidenten ein, worüber bis zu dessen Tod aber nicht verhandelt wurde.

Letztendlich war Lech Kaczyński in den Jahren 2005 bis 2007 kein parteipolitisch unabhängiger Präsident, wie von der Verfassung gefordert. Vielmehr stand er weitgehend auf Seiten der von *PiS* geführten Regierungen, auch wenn er in einigen Fragen anderer Meinung war. Er tolerierte deren Innen- bzw. Rechtspolitik und segnete deren oft äußerst fragwürdige Koalitions- und Personalentscheidungen ab. Im September 2007 ließ er sich auf ein verfassungspolitisch bedenkliches Manöver ein, um die Amtszeit der ihrem Ende zugehenden Minderheitsregierung seines Bruders Jarosław noch künstlich zu verlängern. Auf dessen Antrag hin entließ er vorübergehend 15 Minister, gegen die die damals oppositionelle *PO* Anträge auf ein Misstrauensvotum eingereicht hatte. Aufgrund der Abberufung erwiesen sich die Anträge als gegenstandslos, so dass auch keine Abstimmung stattfand. Wenige Tage später wurden die betroffene Außenministerin Anna Fotyga und andere Kabinettsmitglieder wieder in ihre Ämter berufen.

Nach dem Amtsantritt der Koalition aus *PO* und *PSL* im Spätherbst 2007 verhielt sich Lech Kaczyński oft wie ein Oppositionspolitiker, der innenpolitische Reformgesetze der Regierung mit seinem Veto belegte und auch einige ihrer Personalentscheidungen abzuwenden versuchte. So versuchte er, allerdings ohne Erfolg, die Berufung von Radosław Sikorski zum Außenminister zu verhindern. Lange Zeit opponierte er gegen die dringend notwendige Trennung der Ämter des Justizministers und des Generalstaatsanwalts, bis dann der Sejm im Oktober 2009 sein Veto überstimmte. Erfolgreich war sein Widerstand gegen ein neues Mediengesetz, das die Reform des regierungsnahen öffentlichen Fernsehens und Radios einleiten sollte. Andererseits stand er auf Seiten der Regierung und der großen Mehrheit im Sejm, als er im November 2009 ein Gesetz zur Strafverschärfung bei pädophilen Straftaten und zur pharmakologischen Behandlung pädophiler Straftäter unterzeichnete. In der Debatte über eine mögliche Novellierung der polnischen Verfassung sympathisierte er mit seinen Parteifreunden von *PiS*, die sich für eine weitere Stärkung der Macht des Staatspräsidenten einsetzten. Allerdings hielt er einige Formulierungen in dem von *PiS* im Januar 2010 vorgelegten Entwurf für überzogen. Die *PO* dagegen favorisiert eine verfassungsrechtliche Regelung, die dem Staatspräsidenten hauptsächlich repräsentative Funktionen zuweist.

Als Staatsoberhaupt bemühte sich Lech Kaczyński mit Erfolg, das historische Bewusstsein seiner Landsleute zu stärken. Der deutsche Überfall auf Polen und der sowjetische Einmarsch im September 1939, das Massaker an polnischen Offizieren in Katyn im Frühjahr

1940, der Warschauer Aufstand im August/September 1944 sowie, im Rahmen der Nachkriegsgeschichte, vor allem das erfolgreiche Wirken der Gewerkschaftsbewegung Solidarität (Solidarność) waren seine großen geschichtspolitischen Themen. Versöhnung zwischen den Völkern bedürfe der historischen Wahrheit, betonte er immer wieder bei Gedenkfeiern an wichtigen Jahrestagen. Mitunter jedoch kam er zu historischen Fehleinschätzungen, etwa dann, wenn er den Mord in Katyn mit dem Holocaust an den Juden verglich. Oft folgte er auch einer affirmativen Geschichtsbetrachtung, die wenig Raum für eine kritische und selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Handeln des eigenen Volkes und seiner Führungspersonen zuließ. Schon als Stadtpräsident der polnischen Hauptstadt initiierte er das Museum des Warschauer Aufstandes, das dem damaligen Geschehen sehr gut gerecht wird, aber die nach 1944 mehrmals aufkommende Diskussion über den Sinn dieser Erhebung kaum thematisiert. Nicht ganz zu Unrecht schrieb der Danziger Schriftsteller Pawel Huelle, Kaczyńskis Geschichtspolitik sei mitunter auch ostentatives Theater gewesen.

Äußerst empfindlich reagierte Kaczyński auf antisemitische Äußerungen in seinem Land. So äußerte er sich im Februar 2007 ernsthaft beunruhigt über eine Broschüre antisemitischen Inhalts, die der Europaabgeordnete der *LPR* Maciej Giertych veröffentlicht hatte. Die dort vertretenen Thesen, so der Staatspräsident damals, stünden im krassen Widerspruch zur Lehre Johannes Pauls II. Auch antisemitische Äußerungen des Direktors des katholischen Radiosenders Radio Maryja, Pater Tadeusz Rydzyk, stießen wiederholt auf Kritik des Präsidenten. Kaczyński sah es auch als seine Pflicht an, bei Jahrestagen der polnisch-jüdischen Geschichte anwesend zu sein, etwa bei Gedenkfeiern zum Aufstand im Warschauer Ghetto im Frühjahr 1943. Im Juni 2007 nahm er an der Grundsteinlegung für das Museum der Geschichte der polnischen Juden in Warschau teil. Immer auch setzte er sich für ein gutes Verhältnis Polens zu Israel ein, etwa während eines Besuchs des israelischen Staatspräsidenten Schimon Peres in Warschau im April 2008.

Zum Wohle der Nation

Das außenpolitische Denken von Staatspräsident Lech Kaczyński kreiste immer wieder um Begriffe wie Nation, Nationalstaat, Unabhängigkeit und Souveränität. Seiner Auffassung nach war der Nationalstaat für alle Zeiten die einzige angemessene Organisationsform, in der die polnische Gesellschaft leben könne. Ein solches Denken bringt von vornherein jeder internationalen Normensetzung durch das Völkerrecht, aber auch allen über-

nationalen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen ein gewisses Misstrauen entgegen. Besonders bei den jährlichen Feierlichkeiten am 3. Mai zum Tag der Verfassung von 1791 hob Kaczyński hervor, dass die polnische Verfassung auch unter den Bedingungen eines vereinten Europa die oberste polnische Rechtsquelle sei und dies auch so bleiben müsse. Äußerst sensibel reagierte er auf alles, was seiner Meinung nach das nationale Interesse bedrohen sowie Abhängigkeiten und Zwänge für das Vaterland schaffen könnte. Auf der anderen Seite hatte er fast unbegrenztes Vertrauen in die eigene Kraft der polnischen Nation und ihres Staates.

Dieser »nationalen Determination« ist es vermutlich zuzuschreiben, dass er in außenpolitischen Fragen reichlich schematisch dachte und wenig Verständnis für internationale Zusammenhänge und Kräfteverhältnisse entwickelte. Seine Einschätzung der inneren Verhältnisse in Ländern wie Georgien entsprach eher seinem Wunschdenken. Der Soziologe Jacek Raciborski kam zu der etwas überzogenen, aber auch nicht ganz falschen Einschätzung, Präsident Kaczyński verstehe die Welt nicht.

Auf jeden Fall wusste er um die Bedeutung der EU für Polen und hob dies bei verschiedenen Gelegenheiten hervor. Offenbar war er dabei ein typischer polnischer Europäer, denn Untersuchungen von Warschauer Soziologen wie Tadeusz Szawił haben ergeben, dass für die Mehrheit der Polen die Zugehörigkeit zur eigenen Nation an erster Stelle steht, mindestens 50 % der Bürger sich aber mehr oder weniger auch als Europäer verstehen. Diese europäische Identität, so Szawił, sei aber in erster Linie etwas historisch Gewachsenes, resultierend aus der Geschichte der polnischen Nation und der christlichen Tradition Europas, nicht aber Ergebnis der Konstitutionalisierung und Institutionalisierung auf EU-Ebene.

Für Kaczyński wie für die Mehrheit der Polen sind die Vorteile der EU ganz praktisch: Reisefreiheit aufgrund des Schengen-Abkommens, wirtschaftliche Kooperation auf dem EU-Binnenmarkt, Kooperation auf dem Gebiet der Energiepolitik und internationales Krisenmanagement. Wenn Kaczyński innerhalb der EU für polnische Interessen eintrat, tat er letztendlich nichts anderes als Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy und wenn er ein gewisses Misstrauen gegenüber der Dominanz einzelner Mitgliedsländer entwickelte, dann haben unter anderem Merkel und Sarkozy dafür Munition geliefert.

Nach langem Zögern hat Kaczyński auch den EU-Reformvertrag von Lissabon unterzeichnet. Er wusste die Zugeständnisse zu schätzen, die der EU-Gipfel im

Oktober 2007 bezüglich der späteren Einführung des Abstimmungsmodus der »doppelten Mehrheit« und der Geltung des »Ioannina-Mechanismus« gemacht hatte, und zwar aufgrund der polnischen Bedenken. Wie Ministerpräsident Tusk lehnte er die Übernahme der Europäischen Charta der Grundrechte ab. Diplomatische und journalistische »Insider« in Warschau vermuten nicht ganz zu Unrecht, dass Kaczyński den Lissabon-Vertrag vor allem deshalb sehr spät ratifiziert hat, weil er von *PiS*, also seiner politischen Heimat, sehr stark unter Druck gesetzt wurde – gegen seine eigenen Intentionen.

Lech Kaczyński war kein Gegner der Deutschen. Aber sein Blick auf die westlichen Nachbarn Polens war stärker von seinem Wissen über die deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs und deren Folgen geprägt als von der Kenntnis der heutigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Realität in Deutschland. Deshalb waren für ihn Themen wie etwaige Reparationen, Entschädigungen und Wiedergutmachungen seitens Deutschlands immer sehr wichtig, wobei er mitunter die Leistungen missachtete, die Deutschland schon erbracht hatte.

Zu Recht hat er offene Fragen thematisiert, wie etwa die politische, soziale und kulturelle Sicherung der Rechte der in Artikel 20–22 des deutsch-polnischen Partnerschaftsvertrags von 1991 beschriebenen Personengruppe – eine Aufgabe, die ja auch auf der Agenda von Außenminister Radosław Sikorski steht. Andere Probleme wie die deutsch-russische Gaspipeline durch die Ostsee und das »Sichtbare Zeichen«, das dem Gedenken an die am Ende des Zweiten Weltkriegs aus Ostmitteleuropa vertriebenen Deutschen gewidmet sein soll, hat er in ihrer Bedeutung für die bilateralen Beziehungen überschätzt. Ganz typisch war ein Interview, das er im Dezember 2006 dem deutschen Magazin »Focus« gewährte, in dem er betonte, dass Polen nicht antideutsch sei. Aber, so Kaczyński, es sei auch unrealistisch, von den Polen zu verlangen, sie sollten Ideen gutheißen, die gegen die polnischen Interessen gerichtet seien, wie z. B. die Ostseepipeline oder das Zentrum gegen Vertreibungen.

Kaczyńskis Blick auf die USA war von nationaler Selbstüberschätzung geprägt. Er verstand nicht, dass die Rolle Polens im strategischen globalen Denken der amerikanischen Führung nicht so bedeutend war, wie er sich das gewünscht hatte, auch wenn die Administration des amerikanischen Präsidenten Barack Obama Ostmitteleuropa und damit Polen eine wichtige Funktion zubilligte. Deutlich wurde dies im Juli 2009, als Kaczyński in einem Offenen Brief seine Unterstützung für einen Appell früherer ostmitteleuropäischer Staatspräsidenten,

darunter Lech Wałęsa, Aleksander Kwaśniewski und Václav Havel, erklärte, die Obama aufgerufen hatten, das amerikanische Engagement für die ostmitteleuropäischen Staaten nicht zu verringern, da diese Region an einem Scheideweg stehe, was sich u. a. darin äußere, dass viele dieser Staaten über die zögerliche Haltung der NATO und der USA im Kontext des russisch-georgischen Krieges beunruhigt gewesen seien. Kaczyński reagierte auch enttäuscht, als Obamas Administration die ursprünglichen Pläne für ein amerikanisches Antiraketensystem in Polen und Tschechien ad acta legte.

Der Staatspräsident war sicher auch ein Verfechter eines traditionellen NATO-Konzepts, das die atlantische Gemeinschaft vor allem als Verteidigungsbündnis gegenüber Bedrohungen insbesondere seitens Russlands sah, aber nicht so sehr als politisch-militärische Kraft, die »*nation building*« etwa in Afghanistan und im Irak betreibt, auch wenn er das polnische Engagement in diesen beiden Ländern befürwortete. Reichlich illusionär setzte er sich für eine schnelle Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO ein, wobei er die innere Reife dieser beiden Staaten überschätzte.

Kaczyńskis Blick auf Russland war hauptsächlich ideologisch und geschichtspolitisch bestimmt. Wichtig für ihn waren die Erinnerung an die sowjetischen Verbrechen an Polen während und nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die Kritik am politisch-gesellschaftlichen System der Sowjetunion und dessen Nachwirkungen und weniger die Frage, wie Polen pragmatische Lösungen für aktuelle politische und wirtschaftliche Fragen finden könnte und wie sein Land auf die schwierige innerrussische Debatte über die Modernisierung des riesigen Landes Einfluss nehmen könnte.

Wahlkampf am offenen Grab?

Ohne Zweifel wirft der tragische Unfalltod von Lech Kaczyński ein neues Licht auf seine Präsidentschaft in den Jahren 2005 bis 2010. Mythen entstehen, politisch-historische Bewertungen werden überprüft, alte Fronten verschieben sich, früher unerbittliche Gegner verneigen sich nun vor dem Toten. Trotzdem führt kein Weg daran vorbei, zwischen den kurz- und mittelfristigen politischen Folgen des tragischen Unfalls einerseits und dem realen Stellenwert dieses schicksalsträchtigen Todes für die Bewertung des Lebenswerks des nationalkonservativen Politikers Kaczyński andererseits zu unterscheiden.

Dabei ist die Klärung der Ursachen des Flugzeugabsturzes bei Smolensk nicht ohne Bedeutung, insbesondere die Beantwortung der Frage, ob es eine Mitverantwortung des Präsidenten oder eines seiner führenden Mitar-

beiter für die Katastrophe gibt. Wir wissen, das Kaczyński gerade auch im Vorfeld des Präsidentenwahlkampfes unbedingt dort landen wollte und dass er bei früheren ähnlichen Gelegenheiten, etwa in Georgien, entsprechenden Druck auf den Piloten ausgeübt hatte. Es wird jedoch lange dauern, bis die Untersuchungsergebnisse vorliegen werden. Fraglich ist auch, ob sie veröffentlicht werden, insbesondere dann, wenn sie auf eine Mitverantwortung des Präsidenten hinweisen – nicht zuletzt eine Mitverantwortung für den Tod von fast 100 führenden Vertretern des öffentlichen Lebens. Das allerdings würde die historische Bewertung seiner Präsidentschaft stark beeinflussen und auch die aufwendige Bestattung Kaczyńskis auf dem Krakauer Wawel geriete verstärkt ins Zwielficht. Neue Schatten würden auf sein Lebenswerk geworfen.

Ohnehin hat die Entscheidung für den Wawel die polnische Gesellschaft gespalten. Viele Polen reagierten empört, weil diese Entscheidung nicht-öffentlich zwischen Vertretern der Familie Kaczyński und führenden Klerikern der katholischen Kirche getroffen worden war. Der Wawel ist ein nationales Heiligtum der polnischen Geschichte und die polnischen Präsidenten der Zwischenkriegszeit wurden in der Warschauer Kathedrale bestattet. Publizisten wie Adam Szostkiewicz von der »Polityka« vermuten nicht ganz zu Unrecht, dass schon die Entscheidung für den Wawel ein erstes Manöver von *PiS* im Vorfeld des Präsidentenwahlkampfes gewesen sei. Das ändert nichts an der Tatsache, dass andererseits viele Polen die Bestattung auf dem Krakauer Burgberg für richtig halten. Diese Tatsache vor Augen, rief der Publizist Jacek Żakowski die »Wawel-Gegner« dazu auf, diese Entscheidung zu tolerieren, um einer erneuten scharfen politischen Polarisierung im Land vorzubeugen.

Natürlich stellt sich die Frage, warum weite Teile der politischen Klasse Polens, die Mehrheit der Medien und auch die Mehrheit der polnischen Gesellschaft mindestens eine Woche lang in eine Mischung aus ehrlich empfundener Trauer und Trauerritual verfielen, warum Legenden wie die Charakterisierung des Unfalls bei Smolensk als »zweites Katyn« und die Umschreibung der Toten als »große Teile der polnischen Elite« entstanden und warum die katholische Kirche so unangefochten die Orchestrirung der Totenfeiern übernehmen konnte. Immerhin gehörte Lech Kaczyński vor seinem Tod zu den eher unbeliebten Politikern in Polen. Schon die Entwicklung nach dem Tod von Johannes Paul II. hat gezeigt, dass in Polen tiefe Trauer schnell in alltäglichen Pragmatismus umschlagen kann. Sicherlich wird es noch einige Monate dauern, bis das Knäuel der jüngsten Ereignisse soziologisch und sozialpsychologisch entwirrt werden kann. Vermutlich hatte die polnische

Schriftstellerin Olga Tokarczuk Recht, als sie betonte, dass der nach dem Unfall von Smolensk zelebrierte Helden- und Opfermythos einem Teil der Gesellschaft entgegenkomme, dessen Selbstwertgefühl zwischen verängstigtem Minderwertigkeitsempfinden und nationaler Megalomanie hin und her schwanke. Auf jeden Fall entsprach die überbordende Dimension der Trauerwoche nach der Tragödie von Smolensk nicht der zeithistorischen Bedeutung von Lech Kaczyński.

Immerhin führte das tragische Ableben des Präsidenten, wie anfangs befürchtet, nicht zu einem Stillstand der polnischen Staatsgeschäfte, auch wenn führende Repräsentanten wie Ministerpräsident Donald Tusk mit großer persönlicher Betroffenheit an den vielen Trauerfeierlichkeiten teilnahmen. Sejm, Senat und Verfassungsgericht setzten ihre Tätigkeit fort. Sejmmarschall Bronisław Komorowski folgte den Ermahnungen erfahrener Politiker wie Tadeusz Mazowiecki und nutzt seine Funktion als Übergangspräsident nicht, um personalpolitische Weichen für eine spätere offizielle Übernahme des Amtes zu stellen. Andererseits traf er rasche Entscheidungen, um das Funktionieren der oberen Staatsorgane zu gewährleisten. Komorowski ist der aussichtsreichste Bewerber um eine Amtsnachfolge von Lech Kaczyński.

Gravierend sind sicher die kurz- und mittelfristigen Auswirkungen auf die politische Landschaft in Polen. Wirkte die nationalkonservative *PiS* der Kaczyńskis vor der Tragödie von Smolensk ausgebrannt und politisch perspektivlos und war der Flugzeugabsturz auch eine personalpolitische Katastrophe für die Parteiführung, weil führende Funktionäre wie Aleksandra Natalli-Świat und Grażyna Gęsicka ums Leben kamen, so könnte die Kandidatur von Jarosław Kaczyński für das Präsidentenamt durchaus dazu beitragen, die Partei insgesamt zu stabilisieren sowie auch seine Position als Parteivorsitzender – gerade auch im Hinblick auf die Parlamentswahl im Jahr 2011. Allerdings spricht vorerst wenig für seinen Sieg bei der Präsidentenwahl am 20. Juni, auch wenn die Umfragewerte für Jarosław Kaczyński und *PiS* steigen. In den letzten Jahren gehörte er zu den Politikern, die auf der Beliebtheitskala meistens weit unten standen.

Doch Bronisław Komorowski, der bislang überlegen in den Umfragen führt, wird es schwer haben, gegen Jarosław Kaczyński zu bestehen, weil dieser vor allem als »Testamentsvollstrecker« seines Bruders Lech auftreten wird. Andererseits haben viele Polen noch lebendig vor Augen, wie stark Polen nach innen und außen an Ansehen verlor, als Jarosław Kaczyński in den Jahren 2006/07 Ministerpräsident war.

Der politischen Kultur des Landes käme es sicher zugute, wenn der bevorstehende Wahlkampf als Kampf

um erfolgversprechende Konzepte für die Lösung konkreter innen- und außenpolitischer Probleme geführt würde. Doch die ersten öffentlichen Äußerungen von Jarosław Kaczyński deuten darauf hin, dass er eine polarisierende Grundsatzdebatte wie in den Wahlkämpfen der Jahre 2005 und 2007 führen will, bei der es erneut um die ideologischen, geschichtspolitischen und verfassungsrechtlichen Grundlagen des polnischen Gemeinwesens geht, eben um das Für und Wider einer »Vierten Republik«, die die Kaczyńskis schon damals auf ihre Fahnen geschrieben hatten und deren »Verwirklichung« in den Jahren 2006/07 zu einem innen- und außenpolitischen Desaster geführt hatte. Ein solcher Wahlkampf würde die Spaltung der Gesellschaft in »rechtschaffene« und »nicht rechtschaffene« Bürger, entsprechen der Definition von Kaczyński und seiner *PiS*, vertiefen und das in einer Situation, da das Land politisch und wirtschaftlich sowohl national wie international gut dasteht und sich eigentlich auf Zukunftsaufgaben konzentrieren müsste.

Zu den positiven Folgen des tragischen Unfalls des von Lech Kaczyński gehört sicherlich die weitere Dynamisierung der polnisch-russischen Beziehungen, die im Zuge der Trauerfeierlichkeiten an Tempo gewonnen haben. Für viele Polen war es eine neue, eindrückliche Erfahrung, ein menschliches Russland kennenzulernen, das sich mit ihnen angesichts der Tragödie von Smolensk solidarisierte. Diese erfolgversprechende Entwicklung in den bilateralen Beziehungen, die schon nach dem Amtsantritt der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk Ende 2007 eingesetzt hatte, bedarf einer eigenen sorgfältigen Analyse. Aufschlussreich für viele Polen war auch die herzliche Anteilnahme in Deutschland und anderen EU-Staaten.

Fazit

Lech Kaczyński war kein Mann der geschliffenen Formulierungen, großen Reden und medienwirksamen Auftritte. Wenn es ging, mied er die großen politischen Salons der Welt. Als schüchternen, nachdenklichen Mensch bevorzugte er das Gespräch im kleinen Kreis. In der heutigen Welt des politischen Entertainments konnte es nicht ausbleiben, dass die Medien im In- und Ausland seine Schwächen oft gnadenlos in den Vordergrund stellten. In der Regel reagierte er dann verletzt, statt die Angriffe souverän zu parieren.

Bei der oft berechtigten Kritik an seinen politischen Auffassungen, die beispielsweise von deutschen Medien formuliert wurde, traten nicht selten die Charakteristika seiner Biografie und seines politischen Werdegang zu stark in den Hintergrund. Das gilt beispiels-

weise für sein enges Verhältnis zur katholischen Kirche. Lech Kaczyński war nicht einfach nur ein tief gläubiger Mensch, sondern er wusste auch um die Verdienste der katholischen Kirche, wenn es um den Schutz der demokratischen Opposition in den 1970er und 1980er Jahren sowie um die friedliche Transformation 1989 ging. Die Tatsache, dass der Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils und des Wirkens von Johannes Paul II. bis heute nicht in die Köpfe vieler katholischer Kleriker in Polen eingedrungen ist, steht auf einem anderen Blatt.

Lech Kaczyński war kein strahlender Held der Opposition und der Gewerkschaft *Solidarność* wie etwa Jacek Kuroń und Tadeusz Mazowiecki, aber er leistete in ihren Reihen ungemein wichtige Arbeit. Auch er gehörte 1989 zu denjenigen, die die Weichen für den Machtwechsel und die Demokratisierung Polens stellten.

Seit 2001 zählte er zu den führenden Persönlichkeiten von *PiS*, also einer Partei, die man getrost als radikal bezeichnen kann. Aber Lech Kaczyński war kein radikaler, verbissener, streitsüchtiger Parteipolitiker wie etwa sein Bruder Jarosław, auch wenn er sich bemühte, die Vorstellungen von *PiS* zu realisieren. In seiner Amtszeit als Präsident hat ihn seine Partei nicht selten vor politischen und personellen Entscheidungen in seiner Kanzlei unter Druck gesetzt. In seinen Interviews machte er oft verbale Zugeständnisse an seine Partei, weil er sich dazu verpflichtet fühlte, ohne immer hundertprozentig davon überzeugt zu sein.

Als Staatspräsident hat er sich bemüht, das Beste für sein Land zu tun, aber eben so, wie er das verstand. Die Umfragen zeigten, dass in der Regel die Mehrheit seiner Landsleute nicht mit seiner Tätigkeit einverstanden war. Auf lange Sicht dürfte auch sein tragischer Tod an dieser Einschätzung nur wenig ändern.

Lech Kaczyński war kein mutiger Reformpolitiker, der zukunftssträchtige Errungenschaften anstrebte, sondern ein Mann, der bewahren, absichern, mitunter auch bremsen und blockieren wollte. Die politisch-demokratische, wirtschaftliche und soziale Modernisierung seines Landes hat er damit eher behindert. Lech Kaczyński passte nicht mehr ganz zu seinem Land, dessen Gesellschaft mehrheitlich in den letzten Jahren weltoffener, toleranter, souveräner und zufriedener geworden ist. Daran ändert auch nichts der – von vielen Beobachtern als überzogen und ausufernd bewertete – Todes- und Trauerkult nach der Tragödie von Smolensk.

(Information über den Autor finden Sie auf der nächsten Seite.)

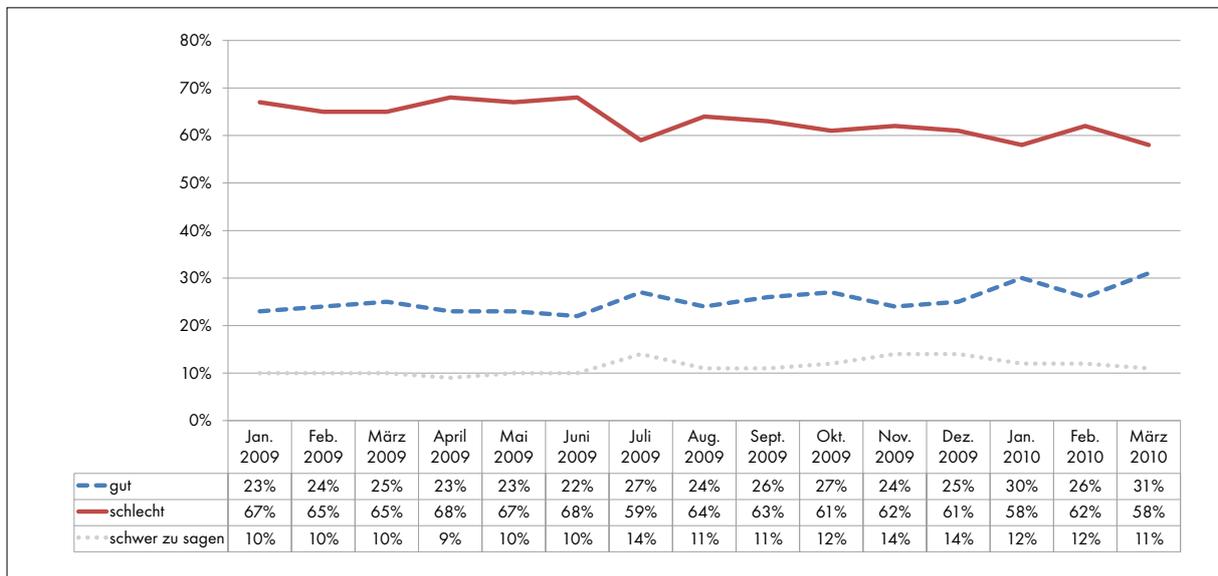
Über den Autor

Reinhold Vetter lebt als freier Publizist in Warschau und Berlin. Er ist Autor einer Biografie des polnischen Arbeiterführers und früheren Staatspräsidenten Lech Wałęsa, die in Kürze vom Berliner Wissenschafts-Verlag herausgegeben wird. 2008 ist sein Buch »Wohin steuert Polen? Das schwierige Erbe der Kaczyńskis« im Ch.Links Verlag erschienen.

Tabellen und Grafiken

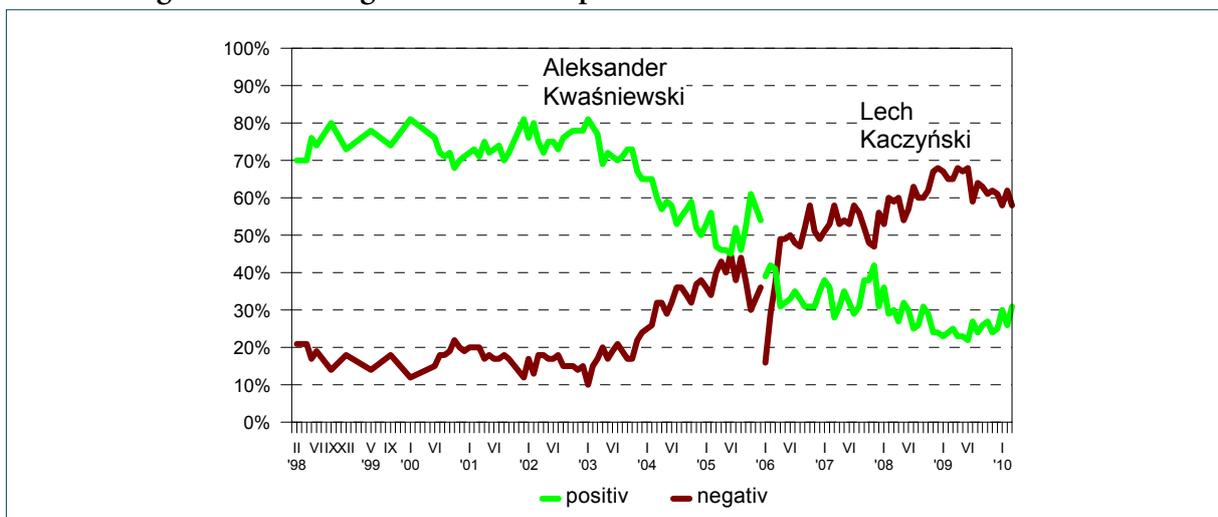
Bewertung des Staatspräsidenten und Vertrauen zu Politikern

Bewertung der Tätigkeit von Staatspräsident Lech Kaczyński (%)



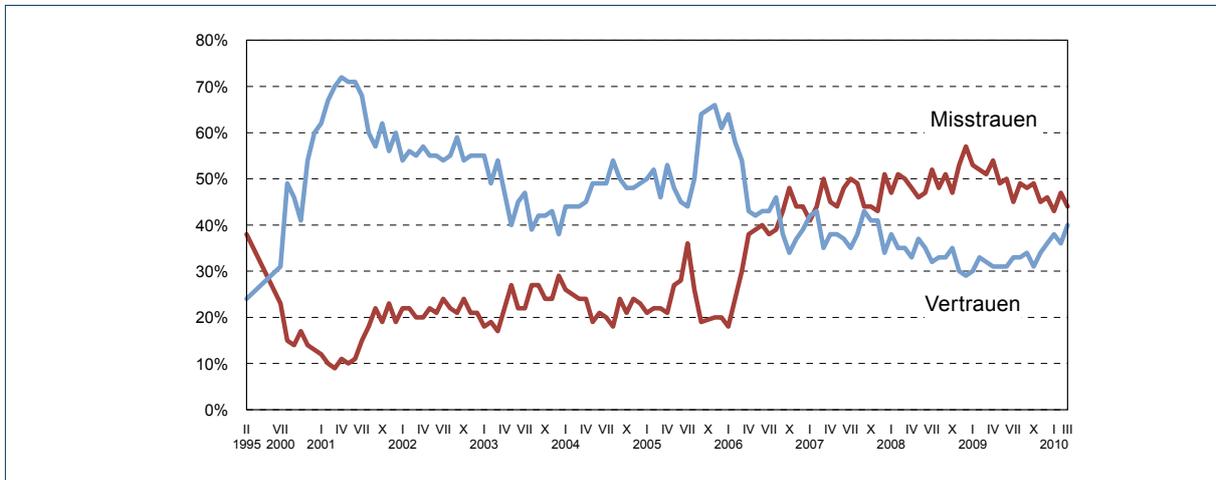
Quelle: CBOS, BS/39/2010: Oceny instytucji publicznych [Bewertungen öffentlicher Institutionen]. Warszawa 03/2010. www.cbos.pl

Veränderungen der Meinung über den Staatspräsidenten



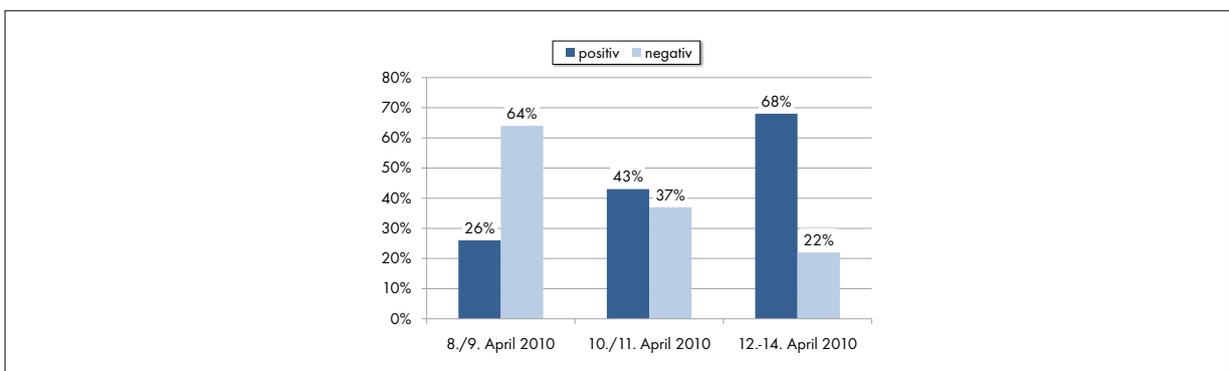
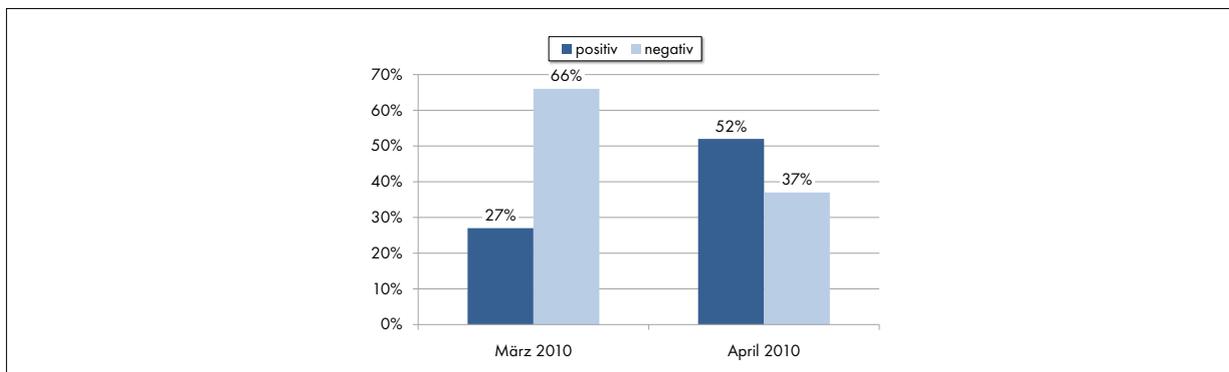
Quelle: CBOS, BS/39/2010: Oceny instytucji publicznych [Bewertungen öffentlicher Institutionen]. Warszawa 03/2010. www.cbos.pl

Die Einstellung zu Staatspräsident Lech Kaczyński



Quelle: CBOS, BS/35/2010: *Spółeczny portret prezydenta Lecha Kaczyńskiego w roku wyborczym* [Das allgemeine Bild von Staatspräsident Lech Kaczyński im Wahljahr]. Warszawa, 03/2010. www.cbos.pl

Bewertung der Präsidentschaft von Lech Kaczyński (%)



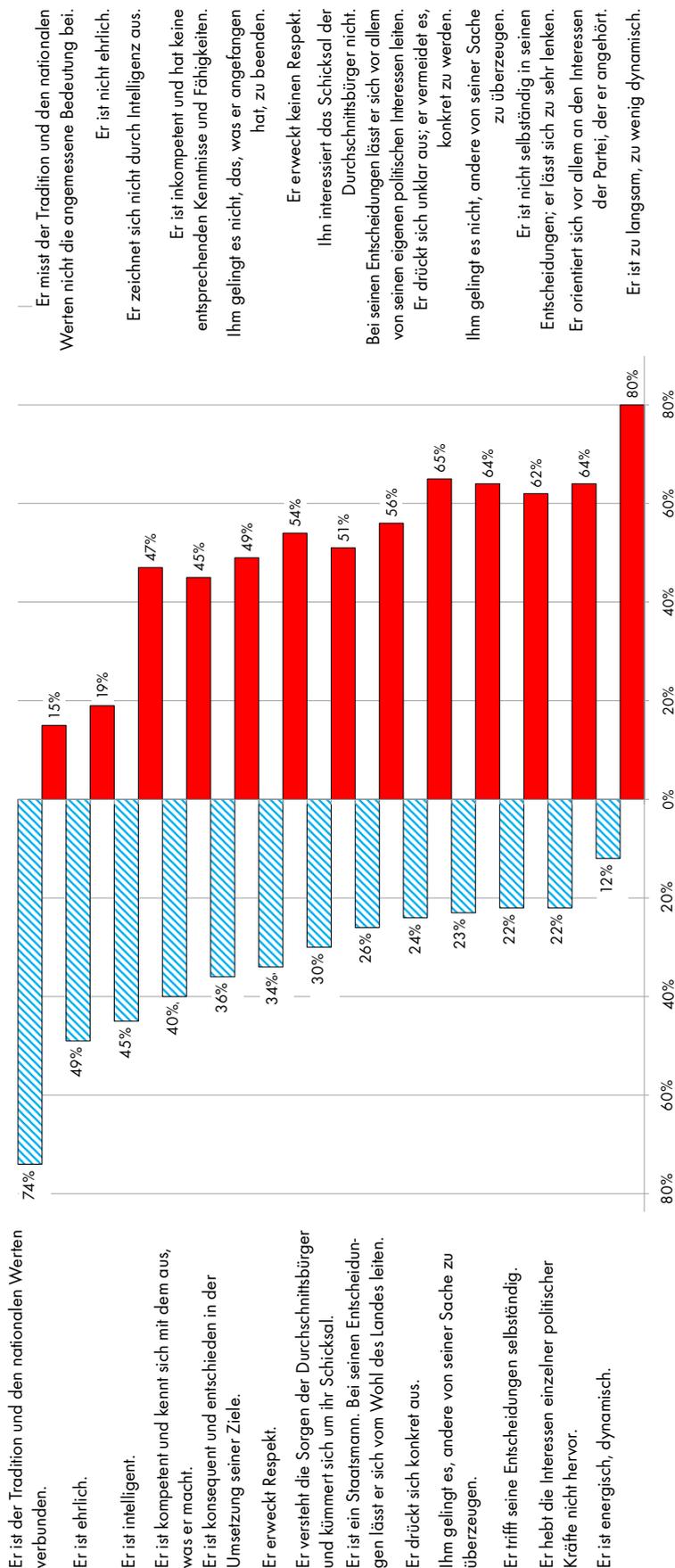
Es liegen keine Angaben zur Aussage »schwer zu sagen« vor.

Am 10. April starb Lech Kaczyński bei einem Flugzeugunglück bei Smolensk.

Quelle: Umfrage durchgeführt von TNS OBOP (abgerufen am 30.04. 2010 unter <http://www.wprost.pl/ar/193605/Polacy-docenili-prezydenture-Lecha-Kaczyńskiego-po-jego-smierci/>).



Das Image von Staatspräsident Lech Kaczyński Welche Aussage charakterisiert Lech Kaczyński am ehesten?



Die Antworten »Weder das eine noch das andere.« und »Schwer zu sagen.« wurden weggelassen.

Quelle: CBOS, BS/35/2010: Społeczny portret prezydenta Lecha Kaczyńskiego w roku wyborczym [Das allgemeine Bild von Staatspräsident Lech Kaczyński im Wahljahr]. Warszawa, 03/2010. www.cbos.pl

Vertrauen zu Politikern, August 2008 bis Februar 2010

	Aug. 2008	Sept. 2008	Okt. 2008	Nov. 2008	Dez. 2008	Jan. 2009	Feb. 2009	März 2009	April 2009	Mai 2009	Juni 2009	Juli 2009	Aug. 2009	Sept. 2009	Okt. 2009	Nov. 2009	Dez. 2009	Jan. 2010	Feb. 2010
Radosław Sikorski (Außenminister)	48 %	58 %	55 %	55 %	60 %	60 %	61 %	61 %	60 %	54 %	54 %	55 %	58 %	56 %	54 %	53 %	52 %	52 %	59 %
Donald Tusk (Ministerpräsident)	57 %	63 %	63 %	58 %	61 %	59 %	62 %	59 %	59 %	55 %	54 %	53 %	50 %	55 %	55 %	49 %	48 %	49 %	54 %
Bronisław Komorowski (Sejmarschall)	45 %	47 %	49 %	49 %	51 %	50 %	46 %	52 %	51 %	48 %	48 %	48 %	50 %	49 %	49 %	48 %	44 %	45 %	54 %
Waldemar Pawlak (Wirtschaftsminister, stellv. Ministerpräsident)	45 %	45 %	47 %	45 %	47 %	46 %	46 %	50 %	41 %	40 %	42 %	43 %	41 %	39 %	44 %	44 %	41 %	42 %	45 %
Andrzej Olechowski (PO-Gründungsmitglied, nach Austritt parteilos)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	38 %	35 %	37 %	35 %	-	37 %	37 %
Lech Kaczyński (Staatspräsident)	33 %	33 %	35 %	30 %	29 %	30 %	33 %	32 %	31 %	31 %	31 %	33 %	33 %	34 %	31 %	34 %	36 %	38 %	36 %
Marek Borowski (Vorsitzender von SdPL-Nova Lewica)	32 %	36 %	36 %	38 %	38 %	37 %	36 %	40 %	-	38 %	43 %	43 %	-	39 %	39 %	41 %	39 %	37 %	36 %
Ewa Kopacz (Gesundheitsministerin)	26 %	29 %	30 %	29 %	36 %	29 %	29 %	32 %	29 %	28 %	30 %	29 %	29 %	29 %	26 %	28 %	26 %	29 %	32 %
Jarosław Kaczyński (PiS-Vorsitzender)	26 %	27 %	27 %	23 %	21 %	23 %	25 %	25 %	25 %	23 %	24 %	24 %	25 %	25 %	24 %	23 %	28 %	28 %	27 %
Bogdan Klich (Verteidigungsminister)	17 %	23 %	24 %	23 %	26 %	27 %	27 %	31 %	27 %	-	26 %	27 %	-	26 %	23 %	-	-	-	23 %
Bogdan Borusewicz (Senatsmarschall)	23 %	25 %	30 %	29 %	23 %	22 %	24 %	26 %	21 %	22 %	24 %	26 %	28 %	24 %	23 %	-	20 %	22 %	22 %
Grzegorz Scheyna (PO-Fraktionsvorsitzender)	21 %	24 %	24 %	25 %	26 %	27 %	26 %	28 %	24 %	21 %	22 %	28 %	26 %	25 %	21 %	19 %	18 %	20 %	20 %
Michał Boni (Ministerrat, Berater des Ministerpräsidenten)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17 %	17 %	17 %	15 %	16 %	19 %	20 %	19 %
Jacek Rostowski (Finanzminister)	8 %	10 %	12 %	15 %	15 %	14 %	15 %	18 %	15 %	12 %	16 %	17 %	16 %	15 %	17 %	12 %	16 %	18 %	19 %
Grzegorz Napieralski (SLD-Parlamentsvorsitzender)	15 %	17 %	15 %	16 %	19 %	19 %	18 %	20 %	19 %	17 %	21 %	23 %	18 %	18 %	19 %	19 %	18 %	19 %	17 %
Jolanta Fedak (Arbeitsministerin)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8 %	9 %	9 %	-	-	9 %	w	10 %	11 %

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit

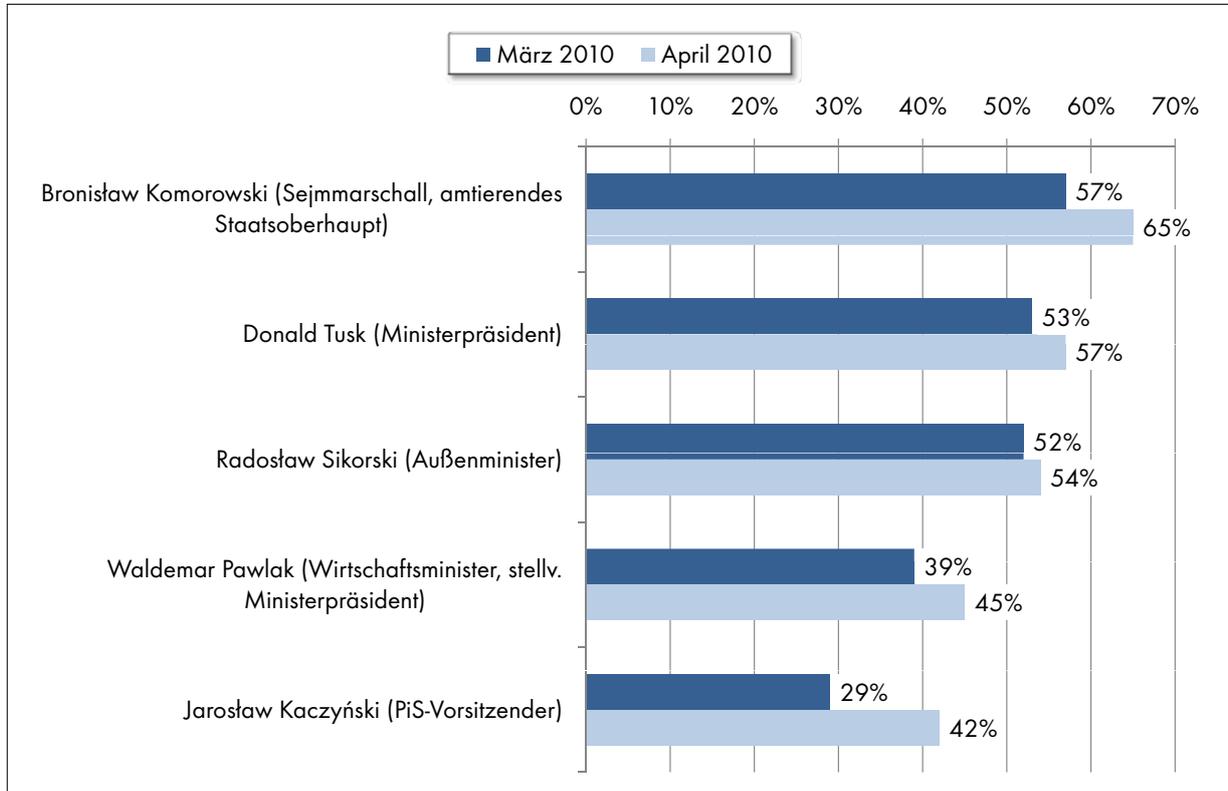
PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform

SdPL-Nova Lewica – Sojaldemokracja Polska-Nova Lewica/Polnische Sozialdemokratie-Neue Linke

SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz

Quelle: CBOS, BS/25/2010: Zaufanie do polityków w lutym [Vertrauen zu Politikern im Februar]. Warszawa 02/2010. www.cbos.pl

Vertrauen zu Politikern (%) Zeitraum: März/April 2010



Quelle: CBOS, zitiert nach: Wirtualna Polska: Komu ufamy? Rekordowy wynik Komorowskiego [Wem vertrauen wir? Rekordergebnis für Komorowski]. 28.04.2010. <http://sondaz.wp.pl/kat,101882,wid,12215853,wiadomosc.html?ticaid=1a14d#>, abgerufen am 30.04.2010.

Chronik
Vom 20. April bis zum 3. Mai 2010

20.04.2010	Die Partei Polska Plus zieht ihre Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten zurück. Der Parteivorsitzende Jerzy Polaczek erklärt, angesichts der nationalen Tragödie des Flugzeugabsturzes von Smolensk Anfang April, bei dem hochrangige Vertreter aus Politik und öffentlichem Leben Polens tödlich verunglückt waren, sei diese Entscheidung ein Appell, einen gemeinsamen Kandidaten der Mitte-Rechts-Parteien aufzustellen. Ursprünglich hat Ludwik Dorn für Polska Plus kandidiert.
21.04.2010	Sejm marschall Bronisław Komorowski legt den Termin für die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen fest. Der erste Wahlgang wird am 20. Juni stattfinden, für den zweiten Wahlgang, der erforderlich wird, wenn kein Kandidat die absolute Mehrheit erhält, ist der 4. Juli vorgesehen.
21.04.2010	Auf dem Parteitag der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) wird Waldemar Pawlak, stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister, einstimmig als Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten bestimmt.
22.04.2010	Die Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) bestimmt ihren Vorsitzenden Grzegorz Napieralski zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen.
23.04.2010	Regierungssprecher Paweł Graś erklärt, dass sich die Regierung nicht in die Untersuchung der Ursachen des Flugzeugunglücks von Smolensk Anfang April einmischen werde. Eine Einmischung könne negativ aufgenommen und als Störung betrachtet werden. Mit der Aufklärung der Ursachen ist auf polnischer Seite die Staatsanwaltschaft und eine zivile Kommission unter der Aufsicht von Verteidigungsminister Bogdan Klich betraut. Die internationalen Regeln legen fest, dass Russland vor Ort die Untersuchungen leitet, da der Unglücksort auf russischem Territorium liegt.
24.04.2010	Verteidigungsminister Bogdan Klich trifft sich in Moskau mit dem Leiter der russischen Regierungskommission zur Untersuchung der Ursachen des Flugzeugunglücks von Smolensk, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Sergej Iwanow. Die Aufklärung der Unglücksursachen sei die wichtigste Aufgabe und die gemeinsame Verantwortung der Regierungen Polens und Russlands, so Klich. Dies erfordere eine bedingungslose Transparenz und Offenheit.
26.04.2010	Der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und ehemalige Ministerpräsident, Jarosław Kaczyński, gibt seine Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten bekannt.
27.04.2010	In Bonn treffen sich im Rahmen des Weimarer Dreiecks die Außenminister Deutschlands, Polens und Frankreichs, Guido Westerwelle, Radosław Sikorski und Bernard Kouchner. Sikorski teilt mit, dass die Staaten des Weimarer Dreiecks beschlossen hätten, in der ersten Jahreshälfte 2013 eine schnelle EU-Einsatzgruppe (»Battle Group«) der Staaten des Weimarer Dreiecks aufzustellen.
28.04.2010	Auf einer Pressekonferenz äußert sich Ministerpräsident Donald Tusk positiv über den Verlauf der Aufklärung des Flugzeugunglücks von Smolensk, bei dem Anfang April hohe Vertreter aus Politik und öffentlichem Leben, darunter Staatspräsident Lech Kaczyński, tödlich verunglückt waren. Es gäbe keinen Anlass zu mutmaßen, dass die russische Seite die Untersuchung der Unglücksursachen verdunkle, so Tusk. Derzeit sei mit hoher Wahrscheinlichkeit klar, dass der Flugzeugabsturz nicht aufgrund technischen Versagens eingetreten sei.
29.04.2010	Der amtierende Staatspräsident, Sejm marschall Bronisław Komorowski, unterzeichnet die Novelle des Gesetzes über das Institut des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN). Vorher war Komorowski von Vertretern der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und Mitarbeitern des tödlich verunglückten Staatspräsidenten Lech Kaczyński (PiS) aufgefordert worden, die Zweifel Kaczyńskis an der Gesetzesnovelle zu respektieren und diese an das Verfassungsgericht weiterzuleiten.
30.04.2010	Die Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) reicht beim Verfassungsgericht einen Antrag auf Überprüfung der Novelle zum Gesetz über das Institut des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) ein, die am Vortag vom amtierenden Staatspräsidenten, Sejm marschall Bronisław Komorowski, unterzeichnet wurde.
01.05.2010	Die Kundgebungen zum Tag der Arbeit thematisieren die Rechte der Arbeitnehmer, Arbeitsloser und sozial und materiell Benachteiligter in Polen.
03.05.2010	In seiner Rede während der Hauptveranstaltung zum Tag der Verfassung vom 3. Mai 1791 in Warschau geht der amtierende Staatspräsident und Sejm marschall Bronisław Komorowski auf die Flugzeugkatastrophe von Smolensk im April ein. Die Nation habe allen Grund stolz zu sein, da die aktuelle Verfassung, die staatlichen Institutionen und Dienste und die Bürger dazu beigetragen hätten, diese schwere Prüfung zu meistern. Der 3. Mai ist in Polen Nationalfeiertag.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 55.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2010 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen